

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1918**

319 (12.7.1918) Mittagausgabe

# Badische Presse.

General-Anzeiger der Residenzstadt Karlsruhe und des Großherzogtums Baden.

Unabhängige und am meisten gelesene Tageszeitung in Karlsruhe. Weitau größte Bezahlerzahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.

Eigentum und Verlag von Ferd. Thiergarten. Chefredakteur: Albert Herzog. Verantwortlich für den Textteil: Anton Rudolph; für den Anzeigenteil: A. Rindespacher, sämtl. in Karlsruhe i. B. Berliner Vertretung: Berlin W 10

Anzeigen: Die Spalten, Kolonietexte 30 Pfg. Die Restlampe 1 Pfl., Restlampe an 1. Stelle 1,25 Pfl., die Restlampe, außerdem 20% Feuerungsauflage. Bei Abrechnungen laufender Rechnungen, bei Abrechnung des Jahres, bei gerichtlichen Streitigkeiten und bei Konten außer Kraft tritt. Druck- und Anzeigekosten: Nr. 8859.

**Bezugs-Preise:**  
Ausg. A ohne „Mittag-Ausgabe“  
Ausg. B mit „Mittag-Ausgabe“  
In Karlsruhe: Ausgabe A B monatlich  
Im Verlage abgeholt 1,12 1,32  
in d. Zweigstellen 1,25 1,45  
frei ins Haus ge-  
liefert 1,25 1,45  
Auswärts: bei Ab-  
holung a. Postkammer 1,12 1,32  
Durch d. Briefträger  
tägl. 2mal ins Haus 1,36 1,57  
Einzelnummer . . . 10 Pfa.  
Geschäftsstelle:  
Kaiser- und Lammstr.-Ecke, nächst  
Kaiserstraße und Marktplatz.

Nr. 319. Telefon: Geschäftsstelle Nr. 86. Karlsruhe, Freitag den 12. Juli 1918. Telefon: Redaktion Nr. 309. 34. Jahrgang.

## Nordische Friedenspropaganda.

Von unserem Korrespondenten.  
Kopenhagen, 8. Juli. Es ist allgemein bekannt, daß in den nordischen Ländern, wie überhaupt in allen neutralen Gebieten der Erde, sofort beim Kriegsausbruch eine Vergiftung der öffentlichen Meinung zugunsten Deutschlands seitens der amtlichen und nicht-amtlichen Vertretungen der Entente, insbesondere Englands, stattfand, und daß es binnen kurzem gelang, den ohnehin schon im voraus in einseitiger ententefreundlicher Richtung kräftig vorbereiteten Boden skandinavischer Sympathie weiter zu bearbeiten, daß die deutschfeindliche Stimmung sehr bald alle Bevölkerungskreise erfaßte. Namentlich war dies in Norwegen und Dänemark der Fall; in Schweden ließen sich zwar die konservativen und gemäßigt-liberalen Bevölkerungselemente und vor allem die Offiziers- und Beamtenkreise, welche während des ganzen Weltkrieges ihren germanischen Stammesgenossen jenseits der Nizza in tiefer verhängender Sympathie treu zur Seite standen, von der Stimmungsvergiftung der Entente politischer und der englischen Pressezentralen nicht anstecken; dafür waren aber die schwedischen Sozialdemokraten und Radikalen der deutschfeindlichen Agitation um so leichter zugänglich.  
Seit einiger Zeit läßt sich aber in Skandinavien doch hinsichtlich der Beeinflussung der Volksmeinung durch die Nachrichtenquellen des Weisheitsbandes ein Umschwung zum Besseren feststellen. Dies hängt mit zweierlei Ursachen zusammen: einerseits haben sich allzuwilde Entente-Nachrichten, die im Dienste der deutschfeindlichen Agitation über den Norden verbreitet wurden, nachträglich als unzuverlässig erwiesen, so daß man sich späteren Vergiftungsversuchen gegenüber vorsichtiger zu verhalten gelernt hat, und andererseits haben die Weltmächte — insbesondere England und Amerika — durch Behandlung ihrer skandinavischen Freunde für eine sehr erhebliche Milderung der nordischen Entente-Sympathien gesorgt. Man denke nur an die außerordentliche Schätzung des ganzen skandinavischen Weltkulturbereichs durch die rückwärtslose Durchführung der überseeischen Schiffsverkehrswege, eines großen Teiles des skandinavischen Schiffsraumes seitens der britischen und nordamerikanischen Regierung, an den Kauf der von Dänemark und Schweden gelauteten isländischen Wälder durch die Engländer, an die Unterbrechung der Handels- und Postverbindungen zwischen Dänemark und Island durch die englischen „Gömer“ u. a. m.! Derartige Fälle müssen sich auch dem Bewußtsein der ententefreundlichen Nordländer einprägen. Es wäre zwar zu viel gesagt, wollte man behaupten, daß unter den skandinavischen Völkern bereits eine Neutralisierung der Stimmung sich vollzogen habe; aber zweifellos sind in allen drei nordischen Ländern, auch in Norwegen, wo — wegen der Verluste, die durch deutsche Tauchbootangriffe der nordischen Handelsflotte zugefügt wurden — die deutschfeindlichkeit noch am größten ist, weite Kreise einer verständnisvolleren und objektiveren Beurteilung der Weltlage zugänglich geworden.  
Dies ist an sich schon eine erfreuliche Tatsache. Noch bemerkenswerter sind aber die Bestrebungen, die von einflussreichen und angesehenen skandinavischen Persönlichkeiten auf die Beeinflussung der öffentlichen Propaganda, die von kriegsführenden Großmächten im Dienste der Kriegspolitik fortgesetzt noch getrieben wird, gerichtet sind. Man ist im neutralen Norden immer mehr zu der Überzeugung gekommen, daß das Verlangen nach Herbeiführung eines ehrlichen Verständigungsfriedens in allen kriegsführenden Völkern tiefe Wurzeln habe und daß der Abschluß des unglücklichen Krieges in Wirklichkeit nur dadurch verhindert werde, daß verbündete und feindliche Kriegspolitiker, wie Lloyd George und Clemenceau, in ihrer gemeinsamen Gemeinlichkeit nicht davon ablassen wollen, den Nationalstolz zu verletzen und die ganze Welt, auch die neutralen Völker, mit Basillen der Verleumdung zu verpesten. Skandinavische Menschenfreunde betrachten es deshalb als ihre heilige Pflicht, alles aufzubieten, um einer Fortsetzung der „Propaganda des Hasses“ entgegenzuwirken.  
Das dänische Regierungsorgan „Politiken“ veröffentlichte dieier Tage den Aufsatz eines hervorragenden dänischen Politikers und Volkswirtschaftslehrers, Dr. Carl Thalbiger, der sich mit der ganzen Wärme und Kraft seiner Ueberzeugung in den Dienst des Kampfes gegen die Haß- und Lügepropaganda gestellt hat. Der Aufsatz hat in ganz Skandinavien das größte Aufsehen erregt. Dr. Thalbiger bezeichnet es als eine wichtige Aufgabe der nordischen Völker, die Propaganda der unversöhnlichen Kriegspolitik durch eine positive Propaganda, nämlich eine Stimmungs-Propaganda im Dienste des Friedens, zu bekämpfen. Der Verfasser weist mit Recht darauf hin, daß, wenn man die Propaganda der kriegsführenden Länder aufmerksam lese, man eine erhebliche Zahl von gewichtigen Versicherungen und Ausführungen finden könnte, die von friedlicher und verständlicher Stimmung geprägt seien, eine internationale Verständigung und Verständigung anstreben und gegenüber dem Feinde einen höflichen Ton anschlagen. Derartige Artikel und Aufsätze in der Presse der verschiedenen kriegsführenden Länder kämen aber — so führt Dr. Thalbiger weiter aus — nur sehr selten zur Kenntnis der gegnerischen Mächte. Der Verfasser regt deshalb den Gedanken an, daß die nordischen Neutralen sich der Arbeit widmen mögen, solche Meinungsäußerungen der Kriegsführenden, die ein überaus wichtiges Mittel seien, um die friedensfreundliche Stimmung zu stärken und den Weg zu künftigen Friedensverhandlungen zu ebnen, möglichst stark zu veröffentlichen. Dadurch werde man das beste Gegenmittel gegen die bis jetzt lange dauernde, bis skandinavische Politiker und Pressevertreter sich in den Dienst des Hassens stellen und die Idee zu verwirklichen suchen.

Vorlage einen gewissen Ruhepunkt bedeute und es ermöglichen werde, wichtige Aufgaben zu lösen. Namentlich werde die Reform der nationalen Armee, die er als Voraussetzung für seine Amtsübernahme betrachtet habe, durchgeführt werden. Der Ministerpräsident empfahl die Vorlage zur Annahme.

## Die Kanzlererklärung im Reichstags-Hauptauschuß.

Die Kanzlerpolitik.  
(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.)

Berlin, 12. Juli. Zwei bis drei Tage lang stand die deutsche Öffentlichkeit vor der Frage, ob der Wechsel im Auswärtigen Amt sich zur Regierungspolitik auswirken werde. Der Leiter der deutschen Außenpolitik hatte, wenn nicht unerwartet, so doch zu einem überraschend frühen Zeitpunkt, sein Amt niedergelegt. War das aus Gründen anderer als persönlicher Art geschehen, so müßte man trotz aller Beschwichtigungsreden glauben, daß der Widerstand, den Kühnmann antrat, sich auch gegen die Politik des Kanzlers richtete. Eine neue Pavlegung dieser Politik, die zugleich Festhaltung des Vergangenen und Bürgschaft für die Zukunft sein müßte, war unerläßlich. Diese hat jetzt Graf Hertling im Hauptauschuß des Reichstags gegeben. Seine Erklärung bemüht sich um den Nachweis, daß die Kanzlerpolitik vor allem den Erfordernissen einer durch keinen Personenwechsel stürzbaren Stetigkeit genügt. Der Herr dessen, was von des Kanzlers Rede veröffentlicht werden kann, ist die Berufung auf Deutschlands Antwort auf die Friedensnote des Papstes. Dadurch wird der Kanzlerpolitik nicht nur für die Amtstätigkeit des Grafen Hertling, sondern rückwirkend bis in die Tage des sechsten Kanzlers nachträglich eine gleichmäßige Richtung gegeben.  
Das Rundschreiben, das Papst Benedikt am Anfang des vierten Kriegsjahres an die Oberhäupter der kriegsführenden Staaten richtete, unterschied sich von früheren Kundgebungen ähnlicher Art durch die Bestimmtheit der Vorschläge. Es war darin nicht nur von der Erlegung der Waffengewalt durch die Macht des Rechts, von Abrüstung, Schiedsgerichten, Freiheit der Meere, allseitigem Verzicht auf Kriegsförderung, sondern auch von der Rückgabe aller besetzten Gebiete, der Wiederherstellung Belgiens in seine vollkommene Unabhängigkeit, der Rückgabe der deutschen Kolonien und „berechtigter Brüder“ der Gebietsfragen, die Ostsee-Vorbringen, Triest und das Trentino, Polen und Armenien betrafen.  
Die deutsche Antwort, durch die, wie Hertling sagt, die Reichspolitik bis zum heutigen Tage programmatisch festgelegt ist, ging auf Einzelheiten nicht in dem Maße wie die Papstnote ein, jedoch betonte sie die vor dem Kriege und auch während des Weltkrieges bekundete Friedensliebe der deutschen Politik, schrieb die Entstehung des Krieges vornehmlich einer „unheilvollen Verkettung von Verhältnissen“ zu und bezeichnete nebst der Papstnote selbst auch die Friedensentscheidung vom 19. Juli als eine der brauchbaren Grundlagen für einen gerechten und dauerhaften Frieden. Den Gedanken der Abrüstungsinderung, des zweiseitigen Schiedsverfahrens und der Meeresfreiheit wird zugestimmt. Endlich wird die Hoffnung ausgesprochen, daß auch die Gegner in der Papstnote eine geeignete Grundlage zu finden vermögen Friedensverhandlungen aufzunehmen. Zugleich erinnert der Kanzler an seinen von der Reichstagsmehrheit gebilligten Erklärungen vom November 1917.  
Nach dem allen kann man die Kriegspolitik des Kanzlers etwa folgendermaßen kennzeichnen: Beharren bei den mehr allgemeinen Grundgedanken der Antwort auf die Papstnote, der Zustimmung also zu den Gedanken der Abrüstung und des Schiedsgerichts, die mittelbar in der Antwort auf die Papstnote als „geeignete Grundlage“ späterer Verhandlungen bezeichnet werden; Ausdruck der Bereitschaft, die anderen Vorschläge dieser Note mit den Gegnern zu erörtern, vorausgesetzt, daß auch diese sich dazu bereit zeigen. Grundätzlich: unsere Bereitwilligkeit, über jedem wirklich ernsthaften Friedensvorschlag der Gegner zu verhandeln. Dieser letzte Grundgedanke erhält dadurch besonderes Gewicht, daß über seine Gültigkeit die Reichsregierung mit der Obersten Heeresleitung vollkommen einig zu sein erklärt.

überwunden werden. Darauf können die Herren sich verlassen. Was die auswärtige Politik

betrifft, so habe ich meinen Standpunkt gleichfalls damals am 29. November deutlich markiert. Ich habe den Herren gesagt: Ich stehe auf dem Standpunkt der kaiserlichen Antwort auf die Friedensnote des Papstes vom 1. August vorigen Jahres. Die friedensbereite Gesinnung, die diese Antwort befehl hat, befehle auch mich. Aber ich habe hinzugefügt, meine Herren, daß die friedensbereite Gesinnung nicht den Feinden einen Freibrief geben darf zur unabhäglichen Fortsetzung des Krieges.  
Meine Herren! Was haben wir nun aber erlebt? Während an unserer Bereitschaft, zu einem ehrenvollen Frieden die Hand zu reichen, seit Jahren gar nicht gezweifelt werden kann, haben wir bis in die letzten Tage hinein die aufreizenden Reden ihrer Staatsmänner gehört. Meine Herren, Wilson will den Krieg bis zur Vernichtung, und was Herr Balfour gesagt hat, muß jedem Deutschen wirklich die Zornesröte in das Gesicht treiben. Wir haben doch ein Gefühl für die Ehre unseres Vaterlandes, wir können uns nicht öffentlich und unausgesprochen auf diese Weise beschimpfen lassen. Und zwar steht hinter dieser Beschimpfung der Vernichtungswille. Solange dieser Vernichtungswille besteht, meine Herren, müssen wir mit unserem treuen Volk ausharren. Ich bin auch überzeugt, ich weiß es, daß in den weitesten Kreisen unseres Volkes allüberall der ernste Wille besteht: Solange der Vernichtungswille besteht, meine Herren, müssen wir mit unserem treuen Volk ausharren. Ich bin überzeugt, ich weiß es, daß in den weitesten Kreisen unseres Volkes fast überall der ernste Wille besteht: Solange der Vernichtungswille der Feinde besteht, müssen wir durchhalten und werden wir durchhalten im Vertrauen auf unsere Truppen, im Vertrauen auf unsere Heeresführung und im Vertrauen auf unser herrliches Volk, das diese schwere Zeit mit ihren großen Entbehrungen und fortgesetzten Opfern so wunderbar erträgt.  
Also an der Richtung der Politik wird nichts geändert. Denn, meine Herren, auch das muß ich sagen: Wenn sich nun trotz dieser feindseligen Neußerungen dieser Staatsmänner irgendwo ernsthafte Anregungen für die Anbahnung eines Friedens

oder auch nur die ersten Schritte zu dieser Anbahnung zeigen würden, dann würden wir ganz gewiß uns nicht ablehnend verhalten, sondern wir würden diesen ernstgemeinten — ich sage ausdrücklich ernstgemeinten — Anregungen sofort mit allem Ernste nachgehen. Natürlich genügt es nicht, wenn dieser oder jener Agent kommt und sagt: „Ich kann da und dort Friedensgespräche herbeiführen“, sondern es kommt darauf an, daß berufene Vertreter der feindlichen Mächte und ausdrücklich autorisiert von ihrer Regierung, zu verstehen geben, daß Besprechungen möglich seien, Besprechungen zunächst natürlich in kleinem Kreise. Aber, meine Herren, die Staatsmänner, die bisher gesprochen haben, haben von derartigen Möglichkeiten nichts gesagt. Wenn solche Möglichkeiten sich zeigen, wenn eine ernste Friedensneigung auf der anderen Seite herodritt, meine Herren, dann werden wir sofort darauf eingehen, d. h. wir werden sie nicht zurückstoßen. Wie werden zunächst in kleinem Kreise sprechen.  
Meine Herren, ich kann Ihnen auch sagen, daß dieser Standpunkt nicht etwa nur mein Standpunkt ist, sondern daß dieser Standpunkt auch von der Obersten Heeresleitung ausdrücklich geteilt wird. Denn auch die Oberste Heeresleitung führt den Krieg nicht um des Krieges willen, sondern auch die Oberste Heeresleitung hat mir gesagt: Sobald ein ernster Friedenswille sich auf der anderen Seite bemerkbar macht, müssen wir der Sache nachgehen.  
Nun wird es die Herren interessieren, wie sich von diesem Standpunkt aus gewisse Probleme darstellen, die die Gegenwart uns aufdrängt. Es haben über diese Fragen am 1. und 2. Juli im Großen Hauptquartier unter dem Vorhitz Seiner Majestät des Kaisers eingehend Besprechungen stattgefunden. Ich kann natürlich nur ganz allgemein die Richtlinien hier angeben, die damals festgelegt wurden. Also zunächst bezüglich des Ostens:

## Die Rede des Reichskanzlers.

WTB. Berlin, 11. Juli. Die Rede des Reichskanzlers im Hauptauschuß des Reichstags hatte folgenden Wortlaut:  
„Meine Herren! Ueber die Vorkommnisse der letzten Tage sind Sie ja bereits durch die Mitteilungen des Herrn Reichskanzlers unterrichtet. Sie haben mir trotzdem gesagt, daß möglicherweise die Herren den Wunsch hegen, daß ich selbst hier vor Ihnen erscheine und meine Stellung zu diesen Vorkommnissen offen darlege.  
Meine Herren! Der Wechsel im Staatssekretariat bedeutet keinen Wechsel des politischen Antriebs. Die Politik des Deutschen Reiches führt allein verantwortlich der Reichskanzler. Der Staatssekretär des Auswärtigen hat die auswärtige Politik im Auftrage, im Einvernehmen und unter der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers zu führen. Das ist von Anfang an Grundgesetz des Deutschen Reiches gewesen. Dieser Grundgesetz steht auch heute fest.  
Meine Herren! An meinem politischen Standpunkt, wie ich ihn in meiner Rede vom 29. November vor dem Plenum des Reichstags festgelegt habe, an diesem meinem Standpunkt, sowohl bezüglich der inneren wie auch bezüglich der äußeren Politik halte ich meinerseits vollständig fest. Daran wird sich, solange ich an dieser Stelle stehe, nichts ändern.  
Meine Herren! Bezüglich der inneren Politik habe ich die damals gegebenen Zusagen, soweit als es in meinem Willen lag, vollkommen eingelöst und ich werde dafür eintreten, daß auch die weitere Ausführung der von mir gemachten Zusagen erfolgt und etwaige Hindernisse mit Energie

## Die ungarische Wahlreform.

WTB. Budapest, 11. Juli. (Nicht amtlich.) Die Gesetzesvorlage über die Wahlreform wurde mit großer Mehrheit als Grundlage der Einzelberatung angenommen. Vor Schluß der Erörterungen ergriff Ministerpräsident Dr. Wekerle das Wort und sagte:  
Im Verlaufe der Beratungen sei es zu Tage getreten, daß die Wahlreform in diesem Hause nicht in dem Umfange durchgeführt werden könne, wie die Regierung es beabsichtigt habe. Er habe es jedoch vermieden, zur Ausführung zu schreiben, weil diese die Ausführung infolge der Wahlkämpfe verlängerte und die Wahlreform um mindestens ein Jahr hinausziehen würde. Der Ministerpräsident wies darauf hin, daß die jetzige Vorlage immerhin bedeutende Fortschritte aufweist. Auch werde infolge der in der Vorlage enthaltenen Bestimmungen die Zahl der Wähler sich automatisch vermehren. Das Frauenwahlrecht habe der Ausschuß abgelehnt, doch werde die Regierung in der Einzelberatung eine besondere Abstim-mung beantragen.  
Der Ministerpräsident erklärte schließlich, er habe schon aus dem Grunde den Vermittlungsvorschlag angenommen, weil immerhin die

Meine Herren, wir stehen auf dem Boden des Friedens von Brest-Litowsk und wollen diesen Frieden in loyaler Weise ausgeführt sehen. Das ist der Wille der deutschen Reichsleitung und darin wird sie unterstützt von der Obersten Heeresleitung. Aber, meine Herren, die Schwierigkeiten der Ausführung des Friedens von Brest-Litowsk liegen nicht auf unserer Seite, sondern diese Schwierigkeiten liegen darin, daß, wie Sie wissen, die Verhältnisse in Rußland noch so außerordentlich unklar sind. Wir sind geneigt, meine Herren, an die Loyalität der russischen Regierung uns gegenüber zu glauben, wir sind insbesondere geneigt, an die Loyalität des Vertreters der russischen Regierung hier in Berlin zu glauben. Aber meine Herren, wir werden nicht so unbedingt annehmen können und dürfen, daß die gegenwärtige russische Regierung auch die

Macht hat, die uns gegebenen loyalen Zusagen überall durchzuführen.

Wir wollen durchaus der jetzigen russischen Regierung keine Schwierigkeiten machen. Wir stellen uns auf den loyalen Boden des Friedens von Brest-Litowsk und tun, was wir können, um diesen Frieden auszuführen.

Sie alle, meine Herren, stehen noch unter dem Eindruck des furchtbaren Verbrechens in Moskau,

des Attentates, das an unserem Gefandten dort verübt worden ist. — eine völkerverwundliche Tat, wie sie ärger nicht zum Himmel schreien kann.

Wir wollen keinen neuen Krieg mit Rußland. Die jetzige russische Regierung will den Frieden und braucht den Frieden, und in dieser friedensgemäßen Absicht unterstützen wir sie.

Ich kann nur an das Wort erinnern, das einmal Gortschakoff gesprochen hat: „Wir sind stumm, aber wir sind nicht taub.“

Das ist der Standpunkt, den ich einnehme, das ist der Standpunkt, über den auch bei den Besprechungen am 2. Juli im Großen Hauptquartier die vollste Klarheit und das vollste Einverständnis zwischen allen Beteiligten erzielt worden ist.

Im Anschluß daran ging der Reichszankler auf die Beurteilung der politischen Lage im Westen ein und machte darüber vertrauliche Mitteilungen.

Eintritt des Staatssekretärs von Kühlmann geführt haben. Er wies darauf hin, daß es keine sachlichen, sondern persönliche Gründe waren, die Herrn v. Kühlmann veranlaßt haben, um Enthebung von seinem Amte zu bitten.

Der Reichszankler sprach in warmen Worten von den Eigenschaften des Staatssekretärs, dessen politische Erfahrung, tiefen Urteil und unermüdbliche Ausdauer und dessen Geschicklichkeit und Gewandtheit im Verhandeln er voll anerkannte.

Der Name des in Aussicht genommenen Nachfolgers des Herrn v. Kühlmann ist Ihnen bekannt.

Der Reichszankler fuhr dann fort: Herr v. Hünge ist ein sehr genauer Kenner der russischen Verhältnisse. Er ist vor dem Krieg auf der Botschaft in Petersburg beschäftigt gewesen.

Der verantwortliche Reichszankler macht die Politik. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes hat lediglich meine Politik zu führen. Dafür ist der in Aussicht genommene, aber noch nicht ernannte Staatssekretär vollkommen durchdrungen.

Die Aussprache der Parteien.

Der Abg. Gröber (Zr.) führte aus: Die Darlegungen des Kanzlers haben nach den letzten Vortommnissen etwas beruhigendes. Der Wechsel im Staatssekretariat sei an sich tief bedauerlich auch wegen des Eindruckes im Auslande.

Abg. Scheidemann (Soz.) führt aus: Der Abgang Kühlmanns habe im In- und Auslande den schlechtesten Eindruck gemacht.

nach den Darlegungen alles beim Alten bleiben soll, weshalb habe man den Staatssekretär nicht gehalten? Die Möglichkeit der Entlassung und die Ernennung des neuen Staatssekretärs ohne Befragung des Reichstages kann ich nicht für richtig halten.

Abg. Fischbeck (Fortschr. Bp.) führt aus: Es muß Klarheit darüber geschaffen werden, daß Kühlmanns Abgang nicht auf die Treibereien der Alldeutschen zurückzuführen ist, wie auch darüber, daß sein Nachfolger nicht auf Wunsch dieser Partei und mit Willen ihrer Politik ernannt wurde.

Abg. Graf Westarp (Konf.) erklärt die mitgeteilten Gründe für den Rücktritt Kühlmanns für durchschlagend. Dem inneren politischen Programm des Kanzlers kann ich nach wie vor nicht zustimmen. Die Antwort auf die Papstnote erschien mir niemals die geeignete für ein Regierungsprogramm.

Sch. Berlin, 12. Juli. (Privatteil.) Aus parlamentarischer Quelle wird dem „Volkswacht“ gemeldet: Man glaube, daß der Schluß der Aussprache im Hauptauschuss, wobei heute die Nationalliberalen, die Deutsche Fraktion und die unabhängigen Sozialdemokraten zum Wort kommen werden, auch das Ende der Krise bringen wird und daß der Kriegskredit am Samstag auf die Tagesordnung kommen wird, um von allen Parteien mit Ausnahme der unabhängigen Sozialdemokraten bewilligt zu werden. (g. R.)

Admiral v. Hünge. U. Berlin, 10. Juli. In parlamentarischen und anderen politischen Kreisen wird gesagt, daß Herr v. Hünge weniger als Kandidat der Militärkassen, als der Kandidat des Kaisers sei.

R. Antikonia, 11. Juli. Des deutschen Gefandten von Hünge Abschied von Antikonia bedeutet für die deutsche Kolonie einen schweren Verlust. Er hatte durch sein fröhliches draufgängerisches Wesen neues Leben in das stagnierende Zusammengehörigkeitsgefühl gebracht.

— Berlin, 12. Juli. Wie die „Voss. Ztg.“ hört, fand gestern beim Herrn v. Papen eine Besprechung statt, bei der eine Reihe von Reichstagsmitgliedern Gelegenheit hatte, sich mit dem Gefandten von Hünge auszusprechen.

Das Echo der Presse.

U. Berlin, 11. Juli. Die fortschrittliche „Voss. Ztg.“ schreibt: „Der Eindruck der Kanzlererklärung im Hauptauschuss des Reichstags war in politischen Kreisen genau der erwartete.“

— Berlin, 12. Juli. Schneller, als man allgemein erwartet hat, schreibt das führende Zentrumblatt, die „Germania“, haben sich die politischen Wogen wieder geglättet nach der Erklärung des Reichszanklers Grafen von Hertling, so daß bis zur sozialdemokratischen Mehrheit der Wunsch besteht, der Regierung weiteres Vertrauen entgegenzubringen und abzuwarten, wie sich der neue Staatssekretär durch die Tat bewähren wird.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ führt aus: „Wenn die nächste Feststellung, daß sich die deutsche Politik nicht verändern werde, eine so tiefe und entscheidende Wendung auslösen konnte, so lag das zum Teil daran, daß sich in den letzten Tagen unter dem verwirrenden Einfluß unkontrollierbarer Gerüchte und übertriebener Wünsche die Tatsachen verschoben haben, und daß es der klaren Worte des Reichszanklers bedurfte, um sie wieder zurückzuführen.“

Der „Vorwärts“ kommt dann auf die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion zu den neuen Kriegskrediten zu sprechen. Die Fraktion hätte vor den neuen Ereignissen mit allen gegen 8 Stimmen die Bewilligung der Kredite beschlossen, werde sich aber wohl mit der Angelegenheit nochmals befassen.

Der Abg. Naden (Zr.) beantragt folgende Fassung: Von den Annehmungen, die vorwiegend Lebensmittel vertreiben, dürfen vom April 1919 Steuern vom Umsatz dieser Waren in Einzelfaçon und Gemeinden nicht mehr erhoben werden.

Stellen dieses Ereignis und die Wahl des Admirals v. Hünge zum Nachfolger als einen Sieg der Alldeutschen dar und sagen eine gewisse Reaktion dagegen voraus, namentlich seitens der Sozialisten.

St. Zürich, 12. Juli. (Privatteil.) Nach dem „Corriere della Sera“ ist die Hoffnung auf eine gemäßigtere auswärtige Politik und die Möglichkeit zu Friedensverhandlungen nunmehr völlig geschwunden und der Entente bleibe nichts anderes mehr übrig, als auszuharren.

Sch. Genf, 12. Juli. (Privatteil.) Der „Berl. Lok.-Anz.“ meldet von hier: Clemenceau „Homme libre“ gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß das Leitwort „Krieg bis zur endgültigen Entscheidung“ wieder gemeinsames Gut aller Kriegsjührenden geworden sei.

Nach Depesch aus Washington herrscht darüber, ob Wilson irgend welche Folgerungen aus dem deutschen Winkelnwechsel zu ziehen gedente, namentlich im Hinblick auf die Verhältnisse in Ungewißheit.

Deutscher Reichstag.

— Berlin, 11. Juli. Am Bundesratssitz Graf Kieber, Schiffe, Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 30 Minuten.

Die zweite Beratung der Steuervorlagen wird mit der Umjahsteuer fortgesetzt.

Abg. Meersfeld (Soz.): Die Umjahsteuer ist die einschneidendste aller neuen Steuern. Die Produktion wird verteuert, der Handel erschwert und schänkt, das ganze Wirtschaftsleben wird belastet.

Abg. Waldstein (Zr. Bp.): Die Selbstständigkeit ist ausschlaggebend für die Erhebung dieser Steuer. Danach müßte der selbstständige Drohlfabrikanten Umjahsteuer bezahlen, der angestellte Generaldirektor aber nicht.

Abg. Bernstein (U. Soz.): Dieses Gesetz bedeutet wiederum eine Beeinträchtigung des Verbrauches. Es wird für uns deshalb unannehmbar. Es hat auch alle Mängel einer indirekten Steuer und macht eine kostspielige Kontrolle notwendig.

Abg. Dr. Jund (All.): Freilassung der freien Berufe aus dem Gesetz, zum mindesten aus der Ausschuhberatung hervor.

Bei 82 wird ein sozialdemokratischer Antrag auf Freilassung der Umjahse von Kohlen, Koks, und Brennstoffen abgelehnt, bei 83 ein sozialdemokratischer Antrag auf Freilassung von Reich, Bundesstaaten, Gemeinden und Gemeindevorständen und gewerkschaftlichen Unternehmungen wegen der Lieferung von Leitungsmaterialien, Gas, elektrischem Strom usw. abgelehnt.

§ 6 befragt: Die Steuer beträgt fünf vom Tausend des für die steuerpflichtige Leistung vereinnahmten Entgeltes. Die Sozialdemokraten beantragen, hinzuzuführen: die Steuer beträgt eins vom Tausend für Getreide, Getreidefabrikate, Milch, Butter, Kartoffeln, Gemüse, Fleisch und Fett.

114 Stimmen abgelehnt. Nach einem Kompromißantrag soll ein § 6a belagen: Befreiung einer Unternehmung aus mehreren verschiedenen Betrieben, wenn deren eine die von ihm hergestellten Gegenstände an den anderen liefert, so ist diese Lieferung, wenn sie 100 000 Mark übersteigt, umjahsteuerpflichtig.

Abg. Triel (Zentr.): Mit dieser Antrag wollen wir dem selbstständigen Mittelstand die Existenzmöglichkeit erleichtern. Nur mit dieser Mittelfaçon ist das Gesetz für uns annehmbar.

Abg. Feuerstein (Soz.): Dieser Antrag ist volkswirtschaftlich sich unmöglich. Wir haben allen Anlaß, nach dem Kriege alle Steuern zu konzentrieren und nicht zu zerplittern.

Abg. Schiele (Konf.): Vom Standpunkt des Vorredners ist keine ablehnende Haltung durchaus zu verstehen. Wir wollen aber den Mittelstand schützen und erkalten.

Abg. Gothein (Z. Bp.): Der Kompromißantrag ist nur eine Geringschätzung.

Staatssekretär Graf Kieber: Die Befürchtung, daß durch § 6a die Konsumvereine herangezogen werden würden, ist nicht haltbar.

§ 6 wird in der Fassung des Kompromißantrages angenommen. § 7 sieht erhöhte Steuern auf Luxusgegenstände, Edelmetalle, Perlen usw. vor.

Ein Antrag der Sozialdemokraten will Dublochehen freizeichnen. Abg. Bernstein (U. Soz.) begründet den Antrag folgende Partei und verlangt eine Erhöhung des Steuerfußes für Luxusgegenstände und Pelztragen.

Abg. Zimmermann (Natf.) beantragt, mechanische Musikinstrumente freizulassen.

Der Antrag der unabhängigen Sozialdemokraten wird abgelehnt, ebenso der Antrag Zimmermann (Natf.).

Bei § 17 (Vorlegung von Büchern und Geschäftspapieren) beantragt Abg. Waldstein (Z. Bp.), den zweiten Absatz zu streichen, der auch den Angehörigen Auskunftsspflicht auferlegt.

Unterstaatssekretär Schiffer: Das Vertrauensverhältnis zum Chef soll nicht betroffen werden. Die Auskunft wird in vereinzelten Fällen und dann sehr vorichtig eingeholt werden.

Wir müssen im Interesse der ehelichen Steuerzahler die unehrliche heranziehen. Wird der Absatz gestrichen, dann müssen alle Fälle der Staatsanwaltschaft erledigt werden. Das dürfte dem Chef weniger unangenehm sein, als die Auskunftspflicht der Angestellten.

Der Absatz wird gestrichen. Nach § 30 dürfen Steuern vom Warenumsatz, die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes noch in Bundesstaaten und Gemeinden bestanden vom 1. April 1919 an nicht weiter erhoben werden.

Abg. Keil (Soz.) tritt für die Kommissionsfassung ein. Gegenüber dieser großen Reichsteuer darf eine einzelstaatliche Steuer den gleichen Gegenstand nicht betreffen.

Abg. Koch (Z. Bp.) spricht sich gegen die Bestimmung aus, daß das Reich den Bundesstaaten aus diesen Steuern 10 Prozent zu zahlen hat.



Der Balkanstaat und die radikalen Esten.

+ Berlin, 11. Juli. Daß die Anlehnung an Deutschland auch in nicht deutschen Kreisen des Balkanlandes eine feste Stütze findet, dafür findet sich in der lettischen Zeitung „Rigas Latvieschu Avise“ ein neuer Beweis.

Eine Vereinigung der Esten und Letten in einem gemeinsamen baltischen Staat wird von den estnischen Radikalen darum nicht gewünscht, weil diese Völker so verschiedener Sprachen und Charaktere hätten, daß leicht Reibungen entstehen könnten.

Wenn man es schon für richtig hält, auf die einfache Angleichung der baltischen Gebiete an Deutschland zu verzichten und statt dessen aus ihnen einen unabhängigen baltischen Staat zu bilden, so muß man natürlich auch dafür sorgen, daß dieser Staat auch eine natürliche und nicht eine künstliche Schöpfung ohne innere Lebenskraft wird.

Augustine der Vereinigung aller baltischen Gebiete zu einem gemeinsamen Staatsorganismus sprechen viele wichtige Punkte. Erstens die historische Vergangenheit dieser Gebiete.

Die Verbindung des baltischen Staats mit Deutschland durch eine Personalunion ist der zweite Grund, weshalb der estnische Radikal gegen die Angleichung Estlands an das Baltikum ist.

oder anderer russischer Truppen übernehmen. Die Großmächte müßten dann eine gemeinsame Armee halten, die Estlands Grenzen und Estlands Selbständigkeit schützen sollte.

Badische Chronik.

.. Durlach, 11. Juli. Beim Baden in der Pfing ist der 11-jährige Volksschüler Ludw. Huber ertrunken.

o Kallstatt, 12. Juli. In einer der letzten Nächte übernachtete ein Unbekannter in einer hiesigen Wirtschaft und verbrachte in der Frühe des anderen Tages unter Mitnahme der Zimmerwände und der erreichbaren Schätze.

o Baden-Baden, 11. Juli. In Pfaltental wurde am Samstag ein neues Anwesen eingeweiht.

o Albern, 10. Juli. Vom Montag, den 15. Juli, an wird der Verjenanz 898 (W) Albern-Offenburg, Albern ab 5.50 vorm., von Bülh ab gefährt.

o Elgersweier b. Offenburg, 11. Juli. Die Töchter Ludwina und Hermine des Hauptlehrers Ochs reisten einen 12-jährigen Knaben vom Tode des Seetrans, der in der Küste gesunken war.

o Jell a. S., 11. Juli. Schreinermeister August Kunz und dessen Ehefrau geb. Berger feierten die goldene Hochzeit.

o Güttenbach, 11. Juli. Bürgermeister Wehrle konnte sein 25-jähriges Amtsjubiläum begehen.

o Albern (N. Schönan), 10. Juli. Der Bergbau, der früher schon mit Erfolg in unserer Gegend betrieben wurde, hat nunmehr begründete Aussicht, wieder aufzuwachen und Beschäftigung, Verdienst und Verkehr in unser jüliches Schwarzwalddal zu bringen.

o Konstanz, 12. Juli. Zu einer Kirchenwallfahrt ist es Ende letzter und Anfang dieser Woche nach einigen Bodenseestädten gekommen.

o Albern, 11. Juli. Ein heute erfolgter Angriff mehrerer feindlicher Flieger auf Offenburg, bei dem eine beschränkte Anzahl Bomben abgeworfen worden ist, hat einigen Sach- und Gebäudebeschaden verursacht.

Aus der Residenz.

o Karlsruhe, 11. Juli. Ein heute erfolgter Angriff mehrerer feindlicher Flieger auf Offenburg, bei dem eine beschränkte Anzahl Bomben abgeworfen worden ist, hat einigen Sach- und Gebäudebeschaden verursacht.

o Karlsruhe, 12. Juli. In Bezugnahme auf die letzte Ausgabe der „Badischen Presse“ sind die Benutzungsregeln für die Reichsdruckerei, die den Benutzern der Reichsdruckerei mitteilen.

o Karlsruhe, 11. Juli. „Welche Geldsummen sind da verschwendet!“ bemerkte der Geheime Rat leise zur Gattin. „Dieses Zimmer allein hat Millionen gekostet!“

„Gefällt Ihnen das, mein gnädiges Fräulein?“ „Wunderbar schön! Ganz originell!“ bewunderte Melitta. „Es ist sehr interessant.“

Die Besichtigung ging verhältnismäßig rasch. Als man wieder im Freien war, nahm der Geheime Rat sein Nesthäkchen bei Seite. „Wer ist der Herr, mit dem du eben sprichst?“

„Der Herr von gestern, der uns empfahl, hierherzu-fahren.“ „So? Und was ist er?“

„Professor am Polytechnikum in München“, sagte sie dreist. „Nema Hartig berichtigte leise dem Gatten.“

Da kam der Professor auch schon des Weges daher und grüßte artig. Hartig hielt es für angebracht, ihn förmlich zu fragen, wann das Dampfschiff nach der Fraueninsel ginge.

„Dampfschiff? Die Herrschaften tun viel besser, sich im Kahn übersetzen zu lassen. Die Fahrt ist angenehm und Sie bekommen noch rechtzeitig ein gutes Zimmer im Hotel.“

Das war Herrn Hartig sehr angenehm. „Wir zählen selbstverständlich unsern Anteil“, sagte er.

Galant half der Fremde den Damen beim Einsteigen. Als er Herrn Hartig die Hand reichte, lästete er den Hut und sagte, auffallend deutlich: „Baumeier ist meine Name.“

„Sehr angenehm.“ Hartig. — „Geheimer Regierungsrat aus Berlin. Meine Frau, meine beiden Töchter.“

Langsam trieb das Schifflein über die leise plätschernden Wellen. Man sah paarweise auf den Bänken. Erst Melitta mit Baumeier, dann Herr und Frau Hartig.

von Wiesbaden aber bestellten Tiedern vor der Ernte nach S. 368 Nr. des Reichsstrafgesetzbuches Straßburger.

Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs.

Na, Karlsruhe, 12. Juli. Auf Einladung des Oberbürgermeisters hatte sich am Mittwoch abend im großen Rathssaale eine große Anzahl Herren und Damen zur Besprechung der Verbesserung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs eingefunden.

Die Besprechung wurde durch den Vorsitzenden begrüßt, in dem er den Zweck der Zusammenkunft auseinandergesetzt hatte, dem Reichsbankdirektor die Bedeutung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs darzulegen.

An dem Vortage, 12. Juli. Zu einer Kirchenwallfahrt ist es Ende letzter und Anfang dieser Woche nach einigen Bodenseestädten gekommen. Vor allem nach Hagnau sind viele Tausende über den See gefahren.

Ausgang aus den Ständebüchern Karlsruhe. Christliche. 10. Juli: Sally Rosenthal von hier, Dorfkammerfrau, mit Frau Wagner, Witwe von Heddorf; Karl Altshausen von hier, Kaufmann in Wiesloch; Marie Schenk von hier.

Zobesfälle. 10. Juli: Margaretha Bormer, alt 43 Jahre, Frau von Franz Bormer, Bureauarbeiter; Robert, alt 9 Monate, Töchter, V. N. L. Geiner, Schlosser; Karoline Köhler, alt 68 Jahre, Mutter von Friedrich Köhler, Wärendmeister; Gertrud Wlla, alt 25 Jahre, Kantoristin, ledig. — 11. Juli: Maria Engel, alt 18 Jahre, ledig, Beruf; Marie Holz, alt 25 Jahre, Ehefrau von Otto Holz, Fabrikant.

Die Verhaftung des Herrn Dassel.

Roman von Friedrich Henz. (89. Fortsetzung.)

In Brien stieg Herr Geheimer Rat Hartig mit seiner Frau und beiden Töchtern um. Richtig der Unbekannte auch, Melittchen war entzückt. Und als man in Stod das Dampfboot bestieg, sah sie ihn ebenfalls über den Steg schreiten.

Erna ging für sich allein, am Ende des Zuges. Was sie da schaute, bedrückte sie wie etwas Unseliges: Diese Mischung von künstlerischer Phantasie und krankem Geiste, von hochfliegendem Plane und Vollendung, von gediegenem Geschmack und eifertigem, kitschigem Surrogat, ein Traumleben in überladendem Prunk und Pracht eines längst versunkenen und fremdländischen Geschmacks.

Die Menge drängte sich im Schlafzimmer des unglücklichen Königs, begabte die schwere blaue Seidenfülle, die goldgestickten Lilien der Bourbonen. Aber letztere regte sich laut ein patriotischer Oberlehrer aus dem Norden mit entrüstetem Sermon auf, so daß alle es hören konnten.

„Nur einmal hat der König in diesem Bett geschlafen“, erklärte der Führer.

„Nur einmal!“ Klang es sentimental aus zahlreichen gefehenden weiblichen Mündern.

mit Baumeier, dann Herr und Frau Hartig. Zuletzt, für sie vor der leise webelnden blauweißen Hechtage, Erna. Auf der See lag die Mittagssonne. Aber es herrschte keine Schwüle.

„Der Herr von gestern, der uns empfahl, hierherzu-fahren.“ „So? Und was ist er?“

„Professor am Polytechnikum in München“, sagte sie dreist. „Nema Hartig berichtigte leise dem Gatten.“

Da kam der Professor auch schon des Weges daher und grüßte artig. Hartig hielt es für angebracht, ihn förmlich zu fragen, wann das Dampfschiff nach der Fraueninsel ginge.

„Dampfschiff? Die Herrschaften tun viel besser, sich im Kahn übersetzen zu lassen. Die Fahrt ist angenehm und Sie bekommen noch rechtzeitig ein gutes Zimmer im Hotel.“

Das war Herrn Hartig sehr angenehm. „Wir zählen selbstverständlich unsern Anteil“, sagte er.

Galant half der Fremde den Damen beim Einsteigen. Als er Herrn Hartig die Hand reichte, lästete er den Hut und sagte, auffallend deutlich: „Baumeier ist meine Name.“

„Sehr angenehm.“ Hartig. — „Geheimer Regierungsrat aus Berlin. Meine Frau, meine beiden Töchter.“

Langsam trieb das Schifflein über die leise plätschernden Wellen. Man sah paarweise auf den Bänken. Erst Melitta mit Baumeier, dann Herr und Frau Hartig.

Zuletzt, für sie vor der leise webelnden blauweißen Hechtage, Erna. Auf der See lag die Mittagssonne. Aber es herrschte keine Schwüle.

„Der Herr von gestern, der uns empfahl, hierherzu-fahren.“ „So? Und was ist er?“

„Professor am Polytechnikum in München“, sagte sie dreist. „Nema Hartig berichtigte leise dem Gatten.“



